

Deugspreis

Die Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Kündigung 2,75 M., durch den Post 2 M., dreimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M. ohne Schlichtungs-Bestimmungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.

Für die Redaktion verantwortlich: Hans Rauten in Halle. (Hauptverbreitungsamt mit Berlin, Leipzig, Magdeburg etc.)

Landes-Beitung. Siebenundzwanzigster Jahrgang.

Anzeigen! werden die Spalte oder deren Raum mit 20 Pf., solche aus Halle mit 15 Pf. berechnet und in der Expedition von allen Anzeigenkosten und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Erscheint wöchentlich postfrank; Sonntags und Montags einmal, auf zweimal täglich. (Der Druck und alle Details sind nicht geklärt.)

Nr. 592.

Halle a. d. Saale, Montag den 18. Dezember

1893.

Deutsches Reich.

Sof- und Personalnachrichten.

Berlin, 17. Dez. Der Kaiser erbeiligt gestern früh von 8 Uhr ab allein, erwidert um 1 Uhr den Befehl des Generalstabes der Armee zum Vortritt und wölum im Einklänge mit dem Vortrag des Obersten Militärschreibers entgegen. Nachmittags begab sich der Monarch nach Berlin.

Koburg, 17. Dez. Der Prinz von Rumänien ist mit Gemahlin und Sohn hier eingetroffen. Der Großherzog von Sachsen ist abgereist. Der Erbprinz von Sachsen-Koburg-Gotha trifft nachmittags bei ein.

Handelsverträge oder nicht?

Berlin, 17. Dez. Graf Herbert Bismarck, Abgeordneter für die Kreise Verden, hat unter Berufung auf seine amtlichen Erfahrungen als Staatssekretär des Auswärtigen unter dem Fürsten Bismarck die überausende Behauptung aufgestellt, durch den Abschluß von Handelsverträgen mit Oesterreich-Ungarn sei der erste Schritt zur Durchföhrung des großen Aufbaues von 1879, d. h. der durch das Zolltarifgesetz vom 15. Juli 1879 inaugurierten Schutzpolitik geschaffen und zwar im Sinne des Freihandels. Leiber ist das nicht der Fall. Dem Grafen Bismarck ist es trotz seiner amtlichen und sonstigen Thätigkeit nicht gelungen, in den Gedanken- und politischen Reichstagen einzubringen. In den von Herrn v. Hofmayer unter Mitwirkung des Fürsten Bismarck im Jahre 1880 herausgegebenen Aufstellungen zur Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck findet sich ein aus Berlin, 19. Nov. 1879, datirter vertraulicher Erlaß an Herrn Hofmann, den damaligen Präsidenten des Reichspostamts und präsidenten des Handelsministeriums, der sich auf die in der Schwere befindlichen Verhandlungen über die Neuordnung des handelspolitischen Verhältnisses mit Oesterreich-Ungarn bezog. Der am 16. Dez. 1878 für die Dauer eines Jahres abgeschlossene Vertrag lief am 31. Dez. 1879 ab. Zu jener Zeit fanden in Berlin kommissarische Verhandlungen statt, die sich auf den Abschluß eines Tarifvertrages bezogen. Mit Bezug darauf schrieb Fürst Bismarck: „Es wird für uns nicht thunlich sein, nach irgend einer Seite hin den noch nicht völlig in Kraft getretenen neuen Tarif (des Getreidegesetzes) treten definitiv erst am 1. Jan. 1880 in Kraft) schon jetzt zu Gunsten Oesterreich-Ungarns hintanzuziehen. Für das Allerbedenkliche auf diesem Gebiet halte ich die Schwankungen. Das Einzige, was wir meines Erachtens Oesterreich-Ungarn in Aussicht stellen können, ist die Zusicherung, ihm gegenüber unsere Tarife nicht zu erhöhen und die Freiheit des Transits beizubehalten zu wollen. Die Zölle auf Rohprodukte (baldam 1 M. pro D.-E.) werden meiner Ansicht nach in der Eigenschaft von Kampfschiffen gegenüber den Sündern des Protektionismus, also namentlich England und Nordamerika erhöht werden müssen. Ebenso halte ich es für notwendig die Freiheit der Durchfuhr, soweit letztere die Wirkung einer Konkurrenz gegen gleichartige Produkte hervorbringt, geschützt zu lassen. Wir können alldam Oesterreich gegenüber — und das wäre für dieses von höchster Bedeutung — die niedrigeren Zölle für Rohprodukte und die Transittarife beibehalten, soweit die Sicherheit vor Minderwert es zuläßt.“ Fürst Bismarck war also damals bereit, die niedrigen Getreide-, Holz- und Viehzölle des Tarifes vom 15. Juli 1879 Oesterreich-Ungarn gegenüber zu tun, so daß die spätere Erhöhung der Zölle (auf 3 M. 1885 und auf 5 M. 1887) die oesterreichische Einfuhr nicht treffen sollte. Die Verhandlungen, die im Frühjahr 1880 wieder aufgenommen wurden, scheiterten lediglich daran, daß Oesterreich-Ungarn es ablehnte, seine Zollsätze für die deutsche Einfuhr in dem deutsch-oesterreichischen Verhältnisse zu binden, d. h. auf Erhöhungen derselben nach dem Vorgange Deutschlands zu verzichten. Aus dem Erlaß des Fürsten Bismarck aber ergibt sich, daß derselbe damals die landwirtschaftlichen Schutzzölle nicht als Selbstzweck, sondern als Kampfmittel betrachtete, um England und Nordamerika zur Ermäßigung der industriellen Schutzzölle zu Gunsten der deutschen Industrie zu veranlassen. Das ist ganz dieselbe Handelspolitik, welche die Agrarier unter Berufung auf den Fürsten Bismarck jetzt dem Grafen Caprivi zum Vorwurf machen.

Politische Weihnachtspaubereien.

Der „Nord. Allg. Ztg.“ scheint angezichts des nahen Weihnachtstages ganz besonders der Spruch eingefallen zu sein: „Wenn ihr nicht werdet wie die Kinder, so wu.“ und so orakelt denn das offizielle Blatt von dem Standpunkte der Kindlichkeit, den es selbst bereits eingenommen, darauf los wie folgt:

Nachdem nun die Gegenfälle (selbst den Handelsvertragsverhandlungen) zu ihrem Rechte gelang sind, wird die in der parlamentarischen Arbeit eintretende Pause auch jene der Reichstagsferienzeitung zugänglich machen, welche in dem Verhältnisse dieser letzten Tage und Wochen unterliegen sind. Es tanze in diesen Kampf Mann gegen Mann stand, sollte sich jeder nur als Ablet einer Parteiabteilung, nur der Wunsch, dem Parteiinteresse zum Siege zu verhelfen, befehle ihm. Nehen jetzt die Streiter an ihren demütigsten Herd zurück, so werden sie bemerken, daß es außer der Partei und dem Parteiinteresse noch andere Dinge gibt, die des Lebens wert sind, und damit werden sich die Wogen der Erregung lümelnd und äußerlich glätten.

Darf man trotz aller bestigen Auseinandersetzungen mit dem positiven Ergebnisse des ersten Anlaufes der parlamentarischen Arbeit zufrieden sein, so wird die in der Weihnachtspause auf das Gemüth wirkende Friedensstimmung gewiß dazu beitragen, daß ein ruhiger Saft für die künftigen Absichten wird gezogen werden können.

Wir sind die Letzten, welche die große Gewalt, die der Lichterglanz und der Lammendust des Weihnachtstages auf das Gemüth der Menschheit ausüben, verkennen möchten. Aber daß dadurch auch der tiefergehende Gegenwurf der Interessen und Meinungen in der Frage der Handelsverträge aus der Welt geschafft werden könnte, das kann nur die „Norddeutsche“ schreiben; glauben thut sie es ja auch nicht. Daß sie mit ihrem kindlichen Einfall nirgends ein entsprechendes Echo gewekt hat, davon kann sich die „Norddeutsche“ schon jetzt überzeugen. Die „Kreuztg.“, das „Wädrische Volk“ und „Neues“ bleiben dabei, daß der Sieg der Regierung bei dem rumänischen Handelsvertrag ein „Pyrrhus'siege“ ist. Die „Kreuztg.“ behauptet, von dem Centrum würden höchstens 20 von 100 Mitglieder für den Vertrag mit Aufstand stimmen. Das „Volk“ schreibt: „Die große Minderheit gegen den rumänischen Handelsvertrag verhandelt sich preislos in eine Mehrheit gegen den russischen. Die Herren Baajke, Schulze-Fenne und Ben. können einen zweiten Unfall nicht riskieren. Der Hund der Landwirthe hat das Vorpostengebiet verloren. Der Sieg und die Entscheidungsschlacht ist ihm sicher.“ So sieht's bezüglich der Reichstagsstimmung unserer Agrarier aus. — Hebrings hat sich auch wieder einmal ein weicher Nahe im agrarischen Lager gezeigt. Im landwirtschaftlichen Centralrathe für die Provinz Posen hat Rittergutsbesitzer Wendorf's-Biedrows als die Hauptursache der Noth der Landwirtschaft die Verschuldung des Grundbesitzes bezeichnet. Der russische Handelsvertrag sagte Herr Wendorf's, wie die „Pol. Ztg.“ berichtet, dem er selber gemeinlich gegenüberstehe, werde die Landwirtschaft nicht arm und nicht reich machen! Bezüglich der Verschuldung führte er aus, der Grund für dieselbe liege nicht darin, daß die Landwirtschaft nicht mehr profitire; die Schulden entstanden nachweislich in 90 Proz. der Fälle durch Erbschaftsregulierung und durch zu theure Käufe. Helfen könne nach seiner Meinung nicht die Schaffung eines eigenen Agrarrechts. Er wende sich die Sache ungefähr so, daß die Personalschulden auf die Güter mit der Beibehaltung eingetragen würden, daß dieselben innerhalb 25 Jahren zu amortisiren seien. Es sei allerdings wahrscheinlich, daß manche Grundbesitzer dabei zu Grunde gehen würden. Deinen sei jedoch nicht zu helfen. Es sei dies immerhin besser, als wenn gar nichts in der Nothlage geschähe.

Antisemitischer Wahnwitz.

Der in Berlin erscheinende „Generalanzeiger“ Organ für deutschsoziale, antisemitische Reform, hat sich jetzt ein höheres Ziel gestellt, als Deutschland nur von den Juden zu befreien. Dieses Organ der Antisemiten hat nämlich herausgefunden, daß auch die Christen, welche in Deutschland regieren, durchweg wegen ihrer ausländischen Abstammung den Anforderungen einer nationalen Politik nicht zu entsprechen vermögen. Wörtlich heißt es in dem „Generalanzeiger“ wie folgt: „In den großen Reichstagskämpfen, welche anlässlich der neuen Steuerentwürfen in der Reichsversammlung ausgefochten werden, tritt eine ebenso eigentümliche wie bedenkliche Erscheinung zu Tage. Im Namen des Deutschen Reiches sprechen fast nur vier Männer, die sämtlich nicht deutscher Abstammung sind. Graf Caprivi ist schweizer (im besonderen: wendischer) Abkunft, seine Familie gab später ihrem Namen eine italienische Form. Herr Miquel's Abkunft wird demnach durch gewisse Prozeßverhandlungen klargestellt werden; Graf Posadowsky, der nominelle Leiter des Reichsfinanzamtes, ist Pole, und der Herr Kriegsminister Bronsart von Schellendorff ist französischer Abstammung.“ — Rechnet man dazu den Einfluß des schottischen Grafen Douglas, des polnischen Herrn von Kosselitz, der jüdischen Frau von Kosselitz und der französischen Frau Hinzpeter, so läßt es sich begreifen, warum wir im Deutschen Reich so immer recht weit von einer deutschflammenstimmigen Nationalpolitik entfernt sind.“ — Es ist die höchste Zeit, daß Alwardt Reichstagsminister wird. Oder ob der Berliner „Generalanzeiger“ diesen Mann, der sich so rühmend und struppellos bei der Beschaffung seiner Einnahmen zu zeigen pflegt, vielleicht lieber für das Finanzportefeuille vorschlagen würde?

Der Umfang der deutschen Handelsverträge.

Nachdem der Reichstag die drei Handelsverträge mit Spanien, Rumänien und Serbien angenommen hat, dürften dieselben wohl demnächst in Kraft treten. Die Zustimmung aller dabei beteiligten Faktoren bleibt allerdings abzuwarten. Selten wird jedoch die Erzielung derselben voraus, so würde Deutschland nunmehr acht Handelsverträge abgeschlossen haben, durch welche der deutsche Zolltarif gegen entsprechende Zugeständnisse des andern vertraglich bindenden Theiles in einer Anzahl von Positionen gebunden oder ermäßigt wird. Vor 1892 hatten vor solcher Verträge vier, und zwar mit Italien, Spanien, Griechenland und der Schweiz. Außerdem waren Deutschland in den Verträgen mit Rumänien und Serbien einseitige zolltarifliche Konzessionen des andern vertraglich bindenden Theiles geschähe. Inbess bezogen sich diese Konventionaltarife nur auf eine geringe Anzahl von Positionen. Die acht Staaten, mit welchen Deutschland nunmehr Konventionaltarife abgeschlossen hat, sind Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien, Schweden, Spanien, Rumänien, Serbien und Griechenland. Inzwischen aber hat Deutschland noch mit einer ganzen Reihe von Staaten Weisheitsabkommensverträge. Es sind dies die Argentinische Konföderation, Chile, Columbien, Cofarica, Dänemark, Dominikanische Republik, Ecuador, Egypten, Frankreich, Großbritannien, Guatemala, Japanische Inseln, Luxemburg, Peru, Liberia, Madagaskar, Marocco, Mexiko, Niederlande, Paraguay, Perlen, Salvador, Schweden-Norwegen, Salvadorianische Republik (Laosval), Türkei (auch Bulgarien) und Ostrunien), Vereinigte Staaten von Nordamerika,

Ganßbar. Dazu kommen die deutschen Zollanlassnisse, deutschen Kolonien und deutschen Schutzgebiete.

Dienkalterzulagen.

Für den preussischen Staatshaushaltetat auf 1894/95 ist die vollständige Durchführung des bisher für die Unterbeamten, die Kreisbeamten und einen Theil der Subalternbeamten eingeföhrten Systems des Aufsteigens im Gehalt nach dem Dienstalter in Aussicht genommen. Offiziell wird dazu bemerkt: Neben anderen Vorteilen wird damit eine größere Gleichmäßigkeit in der Erreichung der höheren Gehaltsstufen herbeigeföhrt. Dies soll insbesondere auch von den in den Ministerien angestellten Beamten aller Art, bei denen die größten Verbesseerungen in Bezug auf die Höhe des Gehalts im Vergleich zu dem Dienstalter abzuwarten, weil hier mehr als bei anderen Behörden der Zufall der Beförderung sich geltend macht. Nicht selten befinden sich in einzelnen Centralstellen Beamte nach längerer Dienstzeit in den Ministerien noch auf niederen Gehaltsstufen, während anderwärts ihre gleichalterigen Kollegen bereits die höchsten Stufen erreicht haben. Gerade bei Behörden, welche ihren Sitz an demselben Orte haben, macht sich diese Ungleichheit besonders empfindlich geltend. Zum Theil trifft dies zwar auch bei Provinzialbehörden zu, aber am meisten werden die Nachtheile des bisherigen Systems doch bei den zahlreichsten in Berlin vereinigten Centralbehörden empfunden.“

Bur Frage der Sonntagstraufe.

Der Berliner Verein von Interessenten der Tabak- und Cigarrenbranche hat an das Polizeipräsidium zu Berlin eine Eingabe gerichtet, in welcher verlangt wird, daß für den 24. und 31. d. M. die Geschäftsstunden der Detailgeschäfte mindestens bis 10 Uhr abends ausgedehnt, wenn möglich aber jede Beschränkung in dieser Richtung aufgehoben werde. Begündet wird dieses Verlangen wie folgt:

Die geschäftliche Bedeutung der beiden Tage kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden. In vielen Berliner Cigarren- und Tabakgeschäften erreicht die Abrechnung am 24. Dez. das Tages- und Wochen- und Monats-Verkauf, und ein Theil davon, oft noch mehr, fällt erhaltungsbedingt auf die Stunden von 7 Uhr abends an; zahlreiche Geschäfte, die sonst 9 bis 10 Uhr abends schließen, halten am Weihnachts- und Neujahrstag regelmäßig bis 12 1/2, auch 2 Uhr offen. Es ist notwendig, daß der Umtrieb in Einzelhandels-, Wädrischen und anderen Weihnachtsgeschäften sich stets bis zum letzten Augenblicke fortsetzt. Für Blumen, seine Suiten, seine Bekleidungs-Accessoiren, Drucksachen usw. ist der Selbstvertrieb äußerst wichtig. Die allgemeine Weihnachtsfeier ist eine überaus unangenehme, und wie das Weihnachtsgeschäft sich bisher anstellt, ist auch nicht entfernt Aussicht darauf vorhanden, daß es für die Anfälle der hinter uns liegenden Monate Wiedergut bringen könnte. Besonders lächlich wird die ganz ungewöhnlich milde Witterung, die keine Weihnacht, also auch keine Weihnachtsstimmung aufkommen läßt. Die an der Jahreswende auftretende Häufung von Sonn- und Feiertagen bedeutet infolge der neuen strengen Bestimmungen eine sehr schwere Schädigung der Detailgeschäfte. Um so schmerzlicher würde es empfunden werden, wenn auf die mit den beiden künftigen Tagen untrennbar verknüpfte Steigerung des Geschäftserfolges seitens der Behörden nicht Rücksicht genommen würde.

Wir geben das Vorstehende wieder, weil die Verhältnisse überall genau so liegen wie in Berlin, und weil überall Rücksicht eben so wichtig wäre wie in Berlin.

Unfallversicherung der Betriebsunternehmer.

Nach der Unfallversicherungsstatute ist es den Berufsgenossenschaften gestattet, durch Statut zu bestimmen, daß auch die Betriebsunternehmer sich gegen die Folgen von Betriebsunfällen versichern. Die Mehrzahl der gewerblichen Genossenschaften hat denn auch von dieser Befugnis Gebrauch gemacht. Inbess ist die Selbstversicherung der Unternehmer in den einzelnen Berufszweigen bis auf wenige nur minimal. Gemäß der letzten Abänderung der Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften auf das Jahr 1892 waren 55,878 Betriebsunternehmer versichert. Davon entfielen jedoch 51,495 auf das Baugewerbe. In diesem Berufszweige ist also die Unfallversicherung der Betriebsunternehmer eine ausgedehnte. In einzelnen Gegenden ist die weitest große Mehrzahl der Bauunternehmer gegen Unfall versichert. So gibt es in Württemberg 13,727 Bauunternehmer, davon sind 10,909 versichert und in Hessen-Nassau von 11,892 sogar 10,566. Gerade für das Baugewerbe ist die Möglichkeit der Unfallversicherung der Betriebsunternehmer aber auch von größter Wichtigkeit. Sonst wäre nur noch die Versicherung der Unternehmer bei den Schiffahrts- und bei der See-Berufsgenossenschaft zu erwähnen. Bei der letzteren sind von 1688 Unternehmern 465 versichert. Man ersieht jedenfalls aus diesen Zahlen, daß, wenn auch bei der Industrie die Selbstversicherung der Unternehmer wenig Ansehen gefunden hat, so daß darauf beizuhilfen die Unfallversicherungsmöglichkeit bei einzelnen außerhalb der Industrie stehenden Berufszweigen Ansehen gefunden hat. Es ist dies jedenfalls ein Fingerzeig, der für die Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Handwerk beachtet zu werden verdient.

Verstrebene Mittheilungen.

Die geschäftlichen Dispositionen im Reichstag nach Neujahr sind zu treffen, das d. Jan. Keine Negierungsvorlagen, am 10. Abende an dem Saale und am 11. Jan. die Tabaksteuervorlage zur Verhandlung kommen.

Man schreibt uns: Es ist Briefe ergangen, daß bei der Parade am Kaiser's-Gebrätsstube leitend der Offiziere der neue graue Mantel zu tragen ist. Die Uniform-Veränderung wird durch diesen Termin in die nächste Woche gelegt werden, da die Sache zu dem nöthigen Bedarf nicht





haben fortbekommen sollte. Der jugendliche Räuber sitzt hinter Gittern und sitzt.

In die Mitte der Reichsanwaltschaft ist der Gerichtsassessor Dr. H. M. in dem Amtsgericht und Landgericht zu Wladimir eingetragene.

Der Steuerassessor H. A. in Eisenbarthen im Kreis Wohlau ist durch das Allgemeine Obergericht vertrieben.

Personalia. Der hiesige auf Widerruf angelegte Katalognote D. M. ist die Katalognote der Stelle bei dem Katalognote in Gabelstein nunmehr definitiv übertragen worden. ...

Leipzig, 17. Dez. Ein scheidender Unglücksfall ereignete sich vergangene Nacht im Hause ...

Wismar, 17. Dez. Der hiesige Volksschulvortrag hatte beschlossen, mit dem 1. April n. J. in den oberen Mädchenklassen der 1. Bürgerliche ...

Berlin, 17. Dezember. Die Zeichnung zur 40prozentigen Reichsstadtsanleihe, welche in den sechs ...

Frankfurt, 16. Dez. Der Landtag für das hiesigen Rhein-Schwarz-Rhein-Bezirksparlament ...

Hildesheim, 17. Dez. In der gestrigen Sitzung des Landtags ...

Bei dem Punkte: Staatsschulden des Fürstenthums Brandenburg ...

Bemerktes.

Zugewandelter Eintrags. Der deutsche Zeitung und auch ...

brachten. (Hier folgen einige naturwissenschaftliche Aufzeichnungen.) Der Weg von ...

Wissenschaft. Der hiesige Gelehrte F. W. ...

Soldatenmoral. Ueber einen in Wien vorgekommenen Fall von Soldatenmoral ...

Wortwahl. Eine ganze Reihe von Wortwahlen ...

Wegen Unterbringung wurden in der ...

Verwaltungsänderung. Der Geh. Regierungsrath Dr. Julius ...

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Zahlungseinstellung. Aus Rothenburg o. d. Tauber ...

wolle. Das Eine könne ebensoviel wie das Andere ...

Waaren- und Productenberichte.

Berlin, 16. Dez. Weizen (mit Ausschluss von ...

Hamburg, 16. Dez. (Schlussbericht.) ...

Paris, 16. Dez. (Schlussbericht.) ...

Hamburg, 16. Dez. Kaffee fest, Umsatz 2000 ...

Berlin, 16. Dez. (Amtl.) Spiritus mit 50 M. ...

Hamburg, 16. Dez. Petroleum loco rubig, Standard ...

Paris, 16. Dez. (Schlussbericht.) ...

Berlin, 16. Dez. (Amtl.) Oelmarkt ...

Bremen, 16. Dez. ...

Paris, 16. Dez. (Schlussbericht.) ...

Berlin, 16. Dez. (Amtl.) Roggenmehl ...

Wasserröhre. († bedeutet nicht, — außer Null)

Table with 4 columns: Waaren, Dez., Preis, and Waaren. Lists various goods and their prices.

Table with 4 columns: Waaren, Dez., Preis, and Waaren. Lists various goods and their prices.

ausgegeben. Der obere Platz werden 18 cm ...



